

Israels Militäreinsatz in Westbank ausgeweitet

Tel Aviv. Israel hat im von ihm besetzten Westjordanland einen neuen Militäreinsatz gestartet. Es handle sich um eine Antiterror-operation, teilte das Militär am Mittwoch mit. Der Einsatz habe am Morgen begonnen. Ziel war die Stadt Tubas im Norden des palästinensischen Gebiets. Nach Angaben des Gouverneurs von Tubas, Ahmed Al-Asaad, umstellten Streitkräfte die Stadt und bezogen in mehreren Vierteln Stellung. Sie seien von einem Hubschrauber unterstützt worden, der auch geschossen habe, sagte Al-Asaad der Nachrichtenagentur *Reuters*. Es habe Festnahmen gegeben. Bewohner seien angewiesen worden, ihre Häuser zu verlassen und nicht zurückzukehren, bevor der Einsatz beendet sei. Nach Einschätzung des Gouverneurs könne dies einige Tage dauern. Das Militär machte dazu zunächst keine Angaben.

(Reuters/iW)

Oxfam meldet akuten Hunger im Südsudan

Juba. Im Südsudan leiden sechs Millionen Menschen und damit fast die Hälfte der Bevölkerung des ostafrikanischen Landes nach Angaben der Hilfsorganisation Oxfam unter akutem Hunger. Sie hätten auch kaum Zugang zu sauberem Wasser oder sanitären Einrichtungen, erklärte Oxfam am Mittwoch. Gleichzeitig erhalte das Land so wenig finanzielle Unterstützung wie nie zuvor: Lediglich 41 Prozent der Nothilfen für 2025 seien bislang finanziert. 450 Krankenhäuser und Gesundheitsstationen mussten demnach schließen. Zwei Millionen Menschen seien innerhalb des Landes vertrieben worden. Grund dafür sind Konflikte in dem von einem jahrelangen Bürgerkrieg gezeichneten Land sowie verheerende Überschwemmungen. Hunderttausende Menschen sind außerdem vor dem Krieg aus dem benachbarten Sudan in den Südsudan geflohen.

(AFP/iW)

Zweites Urteil gegen Frankreichs Expräsident

Paris. Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy ist zum zweiten Mal rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das höchste Berufungsgericht bestätigte am Mittwoch in Paris die Verurteilung zu einem Jahr Haft wegen des Überziehens seiner Wahlkampfkosten 2012.

(AFP/iW)

Brand in Armensiedlung in Bangladesch

Dhaka. Ein Brand in einem der größten Armenviertel der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka hat Tausende Menschen obdachlos gemacht. Rund 1.500 Hütten seien bei dem Feuer zerstört worden, schätzte die Feuerwehr. Der dichtbesiedelte Korail-Slum mit seinen etwa 100.000 Bewohnern liegt unweit wohlhabender Stadtteile wie Gulshan und Banani.

(dpa/iW)

Damaskus provoziert Pogrome

Syrien: Wieder massakrieren Einsatzkräfte Alawiten. Kämpfe auch mit kurdischen Milizen im Osten des Landes. **Von Wiebke Diehl**

Die syrischen »Sicherheitskräfte« gehen erneut verstärkt gegen die Alawiten des Landes vor. So eröffneten sie am Dienstag das Feuer auf friedliche Demonstranten in Homs und Hama sowie in mehreren Küstengebieten. Die Protestierenden forderten ein Ende der Gewalt gegen Minderheiten, die Freilassung von inhaftierten Alawiten sowie Föderalismus und politische Dezentralisierung. Der libanesische TV-Sender *Al-Majadin* berichtete unter Berufung auf Zeugen, dass Menschen von Einsatzkräften überfahren wurden. Auch in Städten wie Latakia, Tartus, Baniyas und Dschabla sei wahllos scharfe Munition eingesetzt worden. Angreifer hätten Parolen gegen die Glaubensgemeinschaft der Alawiten gebrüllt, der auch der gestürzte Präsident Baschar Al-Assad angehört. Zudem sei es zu zahlreichen Festnahmen gekommen.

Die Proteste Tausender Angehöriger der alawitischen Minderheit, an denen sich auch Christen beteiligten, folgten einem Aufruf des religiösen Führers der Glaubensgemeinschaft in Syrien, Scheich Ghazal Ghazal. Anlass war ein Angriff auf alawitische Zivilisten durch Milizen und Stammeskämpfer, die unter dem Befehl des Innenministeriums stehen. Zuvor war in Homs ein getötetes sunnitische Ehepaar aus dem Bani-Khaled-Stamm gefunden worden, in dessen Wohnung ein mit Blut geschriebener antisunnitischer Slogan wahrscheinlich gezielt platziert worden war, um Übergriffe auf Alawiten zu rechtfertigen. Selbst das syrische Innenministerium spricht von einem Versuch der Anstiftung.

Morde an Angehörigen syrischer Minderheiten sind seit dem Sturz Assads an der Tagesordnung. Im März wurden insbesondere in den Gouvernements Latakia und Tartus Tausende alawitische Zivilisten von Milizen unter Kontrolle der neuen Regierung ermordet. Unter ihnen befanden sich auch Verbände des syrischen Al-Qaida-



Alawiten fordern ein Ende der konfessionellen Gewalt und die Freilassung gefangener Glaubensgenossen (Latakia, 25.11.2025)

Ablegers Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) von Abu Mohammed Al-Dscholani, der sich nach dem Putsch vom 8. Dezember zum Präsidenten ernannt hat und wieder unter seinem bürgerlichen Namen Ahmed Al-Scharaa auftritt. Ähnlich dem Vorgehen des »Islamischen Staats« (IS) gegen Jesiden durchführen Milizionäre regelmäßig junge alawitische Frauen – um Lösegeld zu erpressen oder sie sexueller Gewalt auszusetzen. Im Juni starben bei einem Anschlag auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus mindestens 22 Menschen. Und im Juli töteten Stammesmilizen und sogenannte Sicherheitskräfte in Südsyrien mehr als 2.000 Menschen, vorwiegend Drusen. Monatelang wurde die Provinz Suweida zudem mit einer Blockade belegt und die Versorgung der Bevölkerung gestoppt.

Die Täter bleiben in der Regel strafflos. Auch in einem Mitte November in Aleppo gestarteten Gerichtsprozess

werden die Hintermänner nicht ange-tastet. 14 Angeklagten, laut Justizkreisen zur Hälfte Vertreter der alten und der neuen Regierung und ihres Sicherheitsapparats, werden unter anderem eine Anstachelung zu konfessionellen Spannungen, Diebstahl und Angriffe auf Einsatzkräfte zur Last gelegt. Im Juni hatte *Reuters* eine Recherche veröffentlicht, die zu dem Schluss kam, dass die Befehlshaber bei den Massakern an den Minderheiten direkt zu Kommandeuren im Dienst der Regierung führe. Die Täter seien vom Sprecher des Verteidigungsministeriums, Hassan Abd Al-Ghani, sogar über eine Telegram-Gruppe gesteuert worden. Ein Ende Juli vorgelegter Untersuchungsbericht hingegen verschleierte die längst belegte direkte Verantwortung von Scharaa als »Übergangsregierung«. Statt dessen wird suggeriert, außer Kontrolle geratene Milizen hätten auf eigene Rechnung gehandelt.

Gleichzeitig mit der neuerlichen Gewalteskalation gegen die Alawiten kommt es in Nordostsyrien zu Kämpfen. Die von den USA unterstützten, kurdisch dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) gaben am Wochenende bekannt, ihre Stellungen im Gouvernement Deir Al-Sor würden von Militäreinheiten und Milizen unter dem Kommando der neuen Befehlshaber in Damaskus angegriffen. Das syrische Verteidigungsministerium hatte seinerseits vergangene Woche erklärt, die SDF hätten in Rakka zwei seiner Soldaten getötet. Nach Angaben der SDF wurde die angegriffene Stellung allerdings vom IS genutzt, um die kurdischen Gebiete mit Drohnen zu attackieren. SDF-Anführer Maslum Abdi fordert eine Aufnahme kurdischer Rechte in die Verfassung. Das Abkommen vom 10. März zur Integration der SDF in Militär und Sicherheitsapparat werde von Scharaa torpediert.

Gegenwind für Meloni

Regionalwahlen in Italien: Mitte-links-Parteien behaupten sich im Süden, Rechte in Venetien

Es war der Abschluss von insgesamt sieben Regionalwahlen in diesem Jahr: Am Sonntag und Montag haben in den italienischen Regionen Apulien und Kampanien im Süden und Venetien im Norden Wähler über ihre Regionalregierung abgestimmt. Das Ergebnis: Im Süden gewannen die Sozialdemokraten sowie die linke Fünf-Sterne-Bewegung, im Norden die extreme Rechte. Die erklärte Absicht der Ministerpräsidentin der rechten Regierungskoalition, Giorgia Meloni, ihren Gegnern eine Niederlage zu bereiten, ist damit in Teilen gescheitert. *RAI News* sprach gar von »Erdrutschsiegen im Süden für Mitte-Links«.

In Apulien, wo der Kandidat des sozialdemokratischen Partito Democratico (PD), der EU-Abgeordnete und frühere Bürgermeister der Regionalhauptstadt Bari, Antonio Decaro, nach vorläufigen Ergebnissen 64 Prozent erreichte, kam sein rechter Herausforderer von der Forza Italia (FI), der Unternehmer Luigi Lobuono, nur auf

28,8 Prozent. Auch in Kampanien kann Roberto Fico von der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) mit rund 60,6 Prozent im Präsidentenamt bleiben. Nur in Venetien wurde Alberto Stefani von der rechten Lega mit 64,4 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt und ließ den Bewerber des PD, den früheren Bürgermeister von Treviso, Giovanni Manildo, weit hinter sich. Auch im Regionalparlament erreichten die rechten Parteien eine Mehrheit. Stefani tritt nun die Nachfolge seines Parteifreunds, des Langzeitpräsidenten Luca Zaia, an.

Zu den Regionalwahlen im Süden war auch die linke Partei Potere al Popolo (Die Macht dem Volke) in einer gemeinsamen Liste mit den Kommunisten vom PCI und PRC sowie weiteren Linken angetreten. Campania Popolare (Kampanien) und Puglia Pacificista e Popolare (Apulien) forderten dabei, der unternehmerfreundlichen Politik der Sozialdemokraten ein Ende zu bereiten. In Apulien kam das Bündnis auf 0,5 Prozent, in Kampanien auf

2,5 Prozent, verpasste jedoch den Einzug in die Regionalparlamente.

Insgesamt waren zu den Urnengängen rund 13 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, von denen jedoch in allen drei Regionen mehr als die Hälfte der Stimmabgabe fernblieb. In Venetien sank die Beteiligung auf 44,6 Prozent, was einem Minus von über 16 Punkten im Vergleich zu 2020 entspricht. Ähnlich in Kampanien (44,05 Prozent) und Apulien (41,8 Prozent).

In diesem Herbst war bereits in der Toskana, im Aostatal, in den Marken und in Kalabrien gewählt worden. In den beiden letzteren Regionen gewannen rechte Parteien, die traditionell rote Toskana blieb in der Hand der Sozialdemokraten. Damit regiert die faschistische Regierungskoalition Roms auch in der Mehrheit der 20 Regionen Italiens. Ihr gehören drei Parteien an: die faschistischen Brüder Italiens (Fratelli d'Italia, FdI), die Lega sowie die Forza Italia (FI). Damit kann sie den Parlamentswahlen 2027 mit Zuversicht entgegenblicken – zumal die

FdI in Meinungsumfragen derzeit bei rund 30 Prozent liegen. Das sind mehr als die circa 26 Prozent, die sie 2022 einführen. Lega und FI liegen derzeit stabil bei sieben bzw. neun Prozent.

Die Vorsitzende der Sozialdemokraten, Elly Schlein, wertete die Ergebnisse in den süditalienischen Regionen dennoch als Bestätigung dafür, dass »eine Alternative« zu Melonis Koalition existiere. Eine Wiederbelebung beginne im Süden und könne die Partei dennoch zum Erfolg führen, schließlich sei der Ausgang der Parlamentswahlen 2027 noch völlig offen. Doch angesichts der Schlappen der Sozialdemokraten sowie des Erfolgs der 39-jährigen parteilosen Linken Silvia Salis bei den Bürgermeisterwahlen in Genua im Mai wird offen diskutiert, ob die Genueserin die Rolle der Oppositionsführerin nicht besser ausführen könnte als Schlein. Salis ist Tochter eines Kommunisten und frühere Olympiateilnehmerin im Hammerwerfen und hatte die Rechte nach acht Jahren aus dem Amt gefegt.

Gerhard Feldbauer